

A vertical red line on the left side of the page, featuring two circular motifs that resemble rivets or bolts.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Impressum

Herausgeber:

DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

Kaiserstraße 26-30

55116 Mainz

www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de

verantwortlich: Dietmar Muscheid

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Vorwort

Am 13. März 2016 finden die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz statt. Dann sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, darüber abzustimmen, wie die Politik im Land in den nächsten fünf Jahren ausgestaltet werden soll.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz steht fest, dass ein zukunftsfähiges Land nur durch eine Politik gelingt, die den Mensch in den Mittelpunkt rückt. Frieden, Toleranz und Demokratie sind unverhandelbar und damit die Fundamente unseres Zusammenlebens. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz der guten Arbeit, der guten Bildung, der Gleichberechtigung, der Teilhabe, Offenheit und Solidarität. Die prognostizierten Entwicklungen bei der Bevölkerung und auf dem Arbeitsmarkt erlauben keinen Aufschub, wenn es darum geht, schon heute an die Zukunft zu denken und eine entsprechende Politik zu verfolgen.

Auch um für Fachkräfte attraktiv zu bleiben, muss Rheinland-Pfalz jetzt an seiner Zukunft arbeiten. Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur auf Schiene, Straße und Wasserwegen, innere Sicherheit, ein gut aufgestellter öffentlicher Dienst, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung, eine starke Mitbestimmungskultur und beste Bildungschancen – das sind Eckpfeiler, um den Standort langfristig zu stärken. So bleibt Rheinland-Pfalz sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Industrie, Handwerk und den Dienstleistungssektor attraktiv.

Auch die Themen Flucht und Migration bilden Schwerpunkte auf der politischen Agenda. Hier gilt es, die Herausforderungen anzugehen und gleichzeitig neue Chancen zu nutzen. Eine Beschleunigung der Asylverfahren, eine frühe Sprachförderung und Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang sind Grundvoraussetzungen, damit Integration wirklich gelingt. Auch hierbei erwarten wir eine Politik, die im Hier und Jetzt handelt und gleichzeitig an die Zukunft denkt!

Im Folgenden legen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften aus gewerkschaftlicher Sicht zentrale Thesen zur Landtagswahl vor. Über die Landespolitik hinaus, beinhalten die Thesen außerdem bundespolitische Fragen, in denen der DGB von der künftigen Landesregierung Initiativen und eine aktive Bundesratsarbeit einfordert.

Gut leben und gut arbeiten – so soll unser Rheinland-Pfalz heute, morgen und übermorgen aussehen!

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Inhalt

Die Arbeit der Zukunft gestalten!	6
„Gute Arbeit“ im Industrie- und Dienstleistungssektor fördern!	7
Mitbestimmung stärken!	8
Bildung und Ausbildung als Fundament!	9
Soziale Sicherung – Zukunftsfeste Rente!	11
Soziale Sicherung – Gesundheit und Pflege!	12
Frauen und Männer gleichstellen!	13
Der Staat muss handlungsfähig bleiben!	15
Demokratisches Miteinander fördern!.....	15

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Die Arbeit der Zukunft gestalten!

Vielfältige Entwicklungen wie die fortschreitende Digitalisierung, die Technisierung, die Globalisierung und der Bedarf an Fachkräften stellen die Beschäftigten und die Gewerkschaften genauso wie Politik und Wirtschaft vor Herausforderungen. Es kommt deshalb jetzt darauf an, die Arbeit der Zukunft zu gestalten.

- Es ist Auftrag der Politik regulierend arbeitsmarktpolitisch zu wirken und prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne effektiv zu bekämpfen. Wir fordern die Landespolitik auf, ihrem Auftrag entsprechend den Arbeitsmarkt durch gute Rahmenbedingungen zu gestalten und prekäre Beschäftigung sowie Niedriglöhne aktiv zu bekämpfen. Besonders dringend muss eine effektive Eindämmung von Leiharbeit und missbräuchlichen Werkverträgen durch einen Gesetzesvorstoß und intensivere Kontrollen erfolgen. Eine eindeutige Klärung des Arbeitnehmerbegriffs ist dabei unerlässlich.
- Die Themen Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen verstärkt auf die politische Agenda gesetzt werden. Dazu gehört auch eine effektivere Kontrolle und Sanktionierung bei Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz. Es braucht praktikable Kontrollmechanismen und eine entsprechende personelle Ausstattung der Kontrollbehörden, etwa bei der Gewerbeaufsicht.
- Zur Arbeit der Zukunft gehört auch, dass eine familien-/pflegesensible Unternehmenskultur gefördert werden muss. Die echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzustreben – sei es bei der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen – ist für uns unverzichtbar.
- Wir fordern von allen Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung eine konsequente Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen.
- Wir fordern eine Abschaffung sachgrundloser Befristungen.
- Das Land Rheinland-Pfalz muss als guter Arbeitgeber Vorbild sein. Dazu gehören eine faire und transparente Eingruppierung im Öffentlichen Dienst, an die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst orientierte Anpassungen in der Besoldung von Beamtinnen und Beamten und eine den Anforderungen gemäße Personalausstattung im öffentlichen Sektor.
- Wir fordern eine Stärkung und Weiterentwicklung des Landestariftreuegesetzes (LTTG). Dazu gehört eine echte MUSS-Regelung bei der Personalüberleitung und eine Zukunft des Vergabemindestentgeltes. Außerdem fordern wir die Perspektive auf ein Gesetz zur sozial gerechten Beschaffung in Rheinland-Pfalz.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

- Die Arbeit der Zukunft darf nicht gleichbedeutend mit einer Entgrenzung der Arbeit sein. Wir fordern einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen für faire Arbeitszeitflexibilität z.B. für Pflegezeiten schafft und gleichzeitig die nicht länger zu Lasten der Freizeit und nicht auf Kosten der Gesundheit geht. Das gilt insbesondere für einen angemessenen Schutz vor Sonntagsarbeit.
- Die Arbeit der Zukunft braucht Weiterbildung und Qualifikation, deswegen fordern wir die Förderung entsprechender Angebote und die Durchsetzung entsprechender Freistellung.
- Wir sprechen uns für eine Gleichstellungspolitik aus, die die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern ermöglicht und sichert.
- Wir brauchen bessere Perspektiven für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Dazu gehört für uns ein modernes Einwanderungsgesetz. Der DGB und seine Gewerkschaften sind – auch um Flüchtlinge vor prekärer Beschäftigung und Ausbeutung zu schützen – der Auffassung, dass vor allem Asylsuchende und Geduldeten ein möglichst frühzeitiger Zugang zu Berufsberatung, Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht werden muss. Dazu ist es erforderlich, sozialrechtliche Ausschlüsse und die Residenzpflicht abzuschaffen, die Flüchtlinge zum Verbleib an Orten mit geringen Beschäftigungschancen zwingt.
- Wir fordern, dass sich die Politik für einen fairen Welthandel einsetzt und Handelsabkommen, die eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen bedrohen oder eine Gefahr für demokratische Prozesse darstellen, eine klare Absage erteilt. Rekommunalisierungsprozesse müssen weiter möglich bleiben.

Wirtschaft – „Gute Arbeit“ im Industrie- und Dienstleistungssektor fördern!

Der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland bekennt sich zum Wirtschafts- und Industriestandort Rheinland-Pfalz. Es gilt den Standort zu sichern, zu stärken und auszubauen.

- „Gute Arbeit“ soll als Markenzeichen der rheinland-pfälzischen Industrie weiter gestärkt werden. Dabei ist die Tarifbindung ein zentrales Element.
- Wirtschafts- und Strukturförderungen sollten an die Kriterien von „Guter Arbeit“ gekoppelt werden.
- Mit dem Dialog Industrieentwicklung wurde ein wichtiger Prozess für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes angestoßen. Wir fordern den Dialog Industrieentwicklung planvoll fortzusetzen und zu einem Masterplan weiterzuentwickeln.
- Die unter dem Überbegriff Industrie 4.0 zusammengefassten Wandlungsprozesse müssen immer im Zusammenhang mit Beschäftigung auch in Branchen jenseits der Industrie gesehen und gedacht werden (z.B. Dienstleistung/Verwaltung 4.0). Die Politik muss - neben dem Interesse an technischer

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Innovation - den Menschen in den Mittelpunkt stellen und diese Prozesse entsprechend politisch gestalten.

- Weiteren Tendenzen zur Tariffucht oder Schließungen, wie aktuell im Einzelhandel oder provoziert durch „Heuschrecken“, muss eine klare Absage erteilt werden.
- Wir fordern politisch ein, dass es mehr Planungssicherheit in der Energie- und Klimapolitik geben muss. Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Verbraucher/-innen und Industrie muss gewährt werden.
- Wir fordern eine Aufwertung der Themen Energieeffizienz und Wärmewende.
- Auch unter ökologischen Gesichtspunkte müssen infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Schienengüterverkehr (unter Berücksichtigung des Lärmschutzes) wachsen kann. Eine starke Wirtschaftslandschaft braucht eine starke Infrastruktur. Wir fordern deshalb mehr Investitionen in Straße, Schiene und Wasserwege und den Erhalt und Ausbau industrienaher Infrastruktur. Sparzwang und Investitionsstau sind Wettbewerbsnachteile für den Standort und schlecht für die Beschäftigten. Dazu gehört auch, dass der Öffentliche-Personen-Nahverkehr und der Schienen-Personen-Nahverkehr durch mehr Finanzmittel eine Stärkung erfahren.

Mitbestimmung stärken!

Gute Arbeit ist mitbestimmte Arbeit! Die Sicherung des Fachkräftebedarfs gelingt nur über die Schaffung guter Arbeitsbedingungen, eine faire Bezahlung und über gut ausgebildete Mitbestimmungsstrukturen.

- Deshalb fordern wir, dass strategisch relevante Unternehmensentscheidungen stärker zum Gegenstand betrieblicher Mitbestimmung gemacht werden.
- Fortbildungs- und Beratungs-Angebote für Betriebs- und Personalräte müssen gestärkt werden. Dazu gehört für uns eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle (TBS) gGmbH in Rheinland-Pfalz.
- Wir fordern einen Ausbau der Mitbestimmungsstrukturen im Öffentlichen Dienst und eine Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Bildung und Ausbildung als Fundament!

Bildung ist für uns Gewerkschaften ein Wert an sich. Bildung und Ausbildung sind die Fundamente unseres wirtschaftlich erfolgreichen Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus ist Bildung ein Menschenrecht und einer der Schlüssel zur Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft. Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sind dabei die Eckpfeiler in der Debatte um die Bildung der Zukunft. Rheinland-Pfalz muss Bildungsland bleiben.

- Wir fordern ein klares Bekenntnis zur beitragsfreien Bildung für alle und einen weiteren Ausbau beitragsfreier Angebote. Dies gilt von der Kita, über die Schulen und Hochschulen, von der Dualen Ausbildung über die berufliche Weiterbildung bis zur gesellschaftspolitischen Weiterbildung.
- Das duale Ausbildungssystem ist ein Erfolgsmodell und hat in ganz Europa Vorbildfunktion. Für Rheinland-Pfalz fordern wir daher eine echte Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung.
- Wir fordern eine solidarische Finanzierung der beruflichen Erstausbildung. Sie soll landesweit eingeführt werden, Betriebe motivieren, qualitativ hochwertige duale Ausbildung auszubauen und mit der Finanzierung der assistierten Ausbildung gekoppelt werden.
- Wir fordern ein Job-Ticket für Auszubildende. Das bedeutet, dass der ÖPNV /SPNV für Auszubildende möglichst kostenfrei nutzbar sein sollte. Falls Betriebe, Dienststellen oder Berufsschule jedoch nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können, sollte auch eine Unterstützung für die Fahrt mit dem eigenen KFZ ermöglicht werden.
- Für junge Menschen muss eine wohnortnahe Ausbildung ermöglicht werden.
- Kein junger Mensch darf verloren gehen. Dem Bildungssystem muss es gelingen, alle jungen Menschen mit einem Abschluss und einer Anschlussperspektive zu entlassen. Aktuell sind in Rheinland-Pfalz 17 Prozent junge Menschen unter 30 Jahren ohne Berufsabschluss zu verzeichnen. Diese haben weitaus geringere Chancen auf eine gute Entlohnung und kaum Chancen für eine auskömmliche Rente. Sie sind mit 20 Prozent Arbeitslosigkeit überproportional von den Schwankungen des Arbeitsmarktes betroffen. Deshalb erwarten wir von der Politik, dass sie die Ausbildungsgarantie wahr macht und realistische Anreize setzt, um einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung nachzuholen. Dies gilt auch für Geflüchtete junge Menschen über 18. Dabei muss über einen Zuschuss zur Aufstockung auf das letzte Nettogehalt verhandelt werden.
- Zur Integration aller jungen Menschen auf dem Ausbildungsmarkt müssen Übergänge besser gestaltet werden. Hierzu ist neben der solidarischen Finanzierung auch flächendeckende Hilfe aus einer Hand nötig (One-Step-Government). Dazu gehört für uns die Ansprechbarkeit echter Jugendberufsagenturen vor Ort. Außerdem braucht es einen Ausbau der Förderung von

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

bildungsschwächeren Jugendlichen, um diese fit für einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf zu machen.

- Wir fordern eine bessere Ausstattung für alle Bildungseinrichtungen.
- Wir erwarten ein Bekenntnis zur „Schule für Alle“, in der alle Schülerinnen und Schüler nach ihren Möglichkeiten und Interessen ganztags gefördert und gefordert werden. Dazu gehören auch der Anspruch, Inklusion in der Gesellschaft zu implementieren und eine Garantie zur Finanzierungsübernahme der Inklusion.
- Inklusive Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Hochschule) müssen finanziell besser ausgestattet werden. Auch in der Lehrerfortbildung muss Inklusion eine größere Rolle spielen.
- Für den Zugang von Geflüchteten zu Bildungsangeboten müssen verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Integration über Bildung kann nur durch die Erhöhung der notwendigen Finanzmittel und die Bereitstellung der benötigten Unterstützungssysteme gewährleistet werden. Dazu benötigen wir in Rheinland-Pfalz mehr Personal und Mittel für Deutschkurse an Schulen und im Bereich der Weiterbildungsträger. Das ehrenamtliche Engagement im Bereich Flüchtlingshilfe begrüßen wir ausdrücklich. Es darf aber nicht sein, dass Pflichtaufgaben des Landes von Ehrenamtlichen unentgeltlich übernommen werden. Jeder Cent, der jetzt in die Bildung der Geflüchteten investiert wird, wird sich dann in einigen Jahren auszahlen, wenn diese jungen Menschen als qualifizierte FacharbeiterInnen ausgebildet werden. Dafür benötigen sie die Möglichkeit vollqualifizierende Ausbildungen zu absolvieren – Wir Gewerkschaften wehren uns gegen „Schmalspurausbildungen“. Die auf uns zukommenden Investitionen in Bildung betreffen nicht nur Rheinland-Pfalz- Wir fordern eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich.
- Nicht nur in der Flüchtlingsfrage zeigt sich wie weltoffen das Land sich aufstellt, sondern auch im Bereich der grenzüberschreitenden Ausbildung gibt es noch Handlungsbedarf. Grenzüberschreitende Ausbildungen müssen vergleichbar sein und gegenseitig anerkannt werden.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Soziale Sicherung – Zukunftsfeste Rente!

Zu den großen Zukunftssorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz gehören die Angst vor Armut im Alter, vor Krankheit oder Pflegebedürftigkeit. Um diesen Ängsten den Nährboden zu entziehen, ist ein umfassender Aufbruch in der Renten-, Gesundheits- und Pflegepolitik notwendig.

- Ziel eines umlagefinanzierten und damit solidarischen Rentensystems muss sein, dass es möglichst vielen Beschäftigten gelingt, gesund und sicher lange im Erwerbsleben zu bleiben und anschließend eine lebensstandartsichernde Rente zu erhalten. Dabei müssen Altersarmut bekämpft und Sicherungslücken geschlossen werden.
- Das Rentenniveau muss langfristig wieder steigen, es darf auf keinen Fall weiter absinken. Mit seinem Rentenmodell hat der DGB bereits gezeigt, dass dies mit einer langsamen und langfristigen Beitragssatzsteigerung, die für alle verträglich ist, gelingen kann. Mit den Rücklagen aus der so entstehenden „Demographie-Reserve“ müssen dringend notwendige Verbesserungen bei den Leistungen vorgenommen werden.
- Für eine nachhaltige Stabilisierung der solidarischen Alterssicherung ist insbesondere die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die langfristig alle Erwerbstätigen einbezogen werden, notwendig. Dies trägt wesentlich dazu bei, Sicherungslücken zu vermeiden.
- Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung - wie die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder - dürfen nicht aus dem Beitragsaufkommen der Versicherten finanziert werden, sondern müssen systemgerecht vollständig aus Steuermitteln aufgebracht werden.
- Der Ausbau von sozial abgesicherten flexiblen Übergängen in den Ruhestand muss gefördert werden, um Sicherungslücken zwischen dem Erwerbsleben und der Rente zu vermeiden.
- Wir fordern einen verbesserten Rechtsanspruch auf sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit im Alter und gesetzlich verankerte Veränderungen bei Teilrenten – sie müssen als eigene Rentenart ab 60 Jahren eingeführt und die Hinzuverdienstgrenzen müssen flexibilisiert und erhöht werden.
- Wir fordern die Option für einen abschlagsfreien Zugang zur Rente für Versicherte mit langen Versicherungsbiografien bereits vor dem 65. Lebensjahr.
- Es braucht bessere Möglichkeiten für Aufstockungsbeiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung und verbesserte arbeitsmarktpolitische Leistungen und Förderinstrumente für Problemgruppen, zum Beispiel ein „Altersflexigeld“ und eine 3-4 Tage Arbeitswoche am Ende des Erwerbslebens.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Soziale Sicherung – Gesundheit und Pflege!

Damit unser Gesundheits- und Pflegesystem auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung und für jeden Menschen den gleichen Zugang zu den notwendigen Leistungen ermöglicht, sind Reformen für einen Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention, bei Kuration und Rehabilitation, aber auch für den Ausbau der solidarischen Finanzierung erforderlich. Wir fordern deshalb:

- Ein Bürgerversicherungsmodell für Gesundheit und Pflege mit den bewährten Prinzipien Sachleistung, Solidarität und Selbstverwaltung.
- Bessere Versorgungsqualität. Hier muss das Land die Aufgabe annehmen, ein transparentes Gesundheitswesen zu schaffen. Unter öffentlicher Verantwortung und mit gut organisierter Versorgung kann Über-, Fehl- und Unterversorgung reduziert sowie eine bedarfsgerechte und zugleich wirtschaftliche Versorgung der Versicherten sichergestellt werden.
- Prävention und Gesundheitsförderung ausbauen! Die gesundheitlichen Belastungen müssen gesenkt, die gesundheitsfördernden Aspekte von Arbeit vermehrt und Krankheiten verhütet werden. Wichtig bei der betrieblichen Gesundheitsförderung ist, geschlechtersensible Angebote zu machen.
- Gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilungen müssen umgesetzt werden. Dabei müssen insbesondere auch die psychischen Belastungen mit berücksichtigt werden. Die Aufsichtsdienste von Gewerbeaufsicht und Unfallversicherung müssen personell verstärkt und ausreichend qualifiziert werden.
- Wir fordern zudem eine verbindliche und sachgerechte Arbeitsteilung zwischen staatlichen Ebenen sowie Sozialversicherungsträgern: Städte und Gemeinden sowie das Land müssen ihrer Verantwortung in Fragen von Gesundheitsförderung und Primärprävention in den Lebenswelten Kommune, Kindertagesstätte und Schule nachkommen.
- Eine Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung sowie die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren können dem Problem der drohenden Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten schnell und qualifiziert begegnen und Krankenhausleistungen in ein System integrierter Versorgung einbinden.
- Um Ärzte für strukturschwache Gebiete oder sozial benachteiligte Stadtviertel zu gewinnen, ist eine bessere Verteilung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte notwendig. Wir befürworten Honorarabschläge für niedergelassene Ärzte in den Regionen, in denen es ein Überangebot gibt. Hier muss die Politik auf die Kassenärztliche Vereinigung einwirken.
- Rehabilitation leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass abhängig Beschäftigte im Arbeitsleben verbleiben bzw. ins Arbeitsleben zurückkehren können. Unklare Zuständigkeitsregeln müssen durch

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

eindeutige Vorgaben ersetzt werden. Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen den Rehabilitationsträgern muss gesetzlich geschärft werden.

- Die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen in Rheinland-Pfalz macht zum einen eine bessere finanzielle Ausstattung erforderlich, zum anderen führen immer mehr kognitive und psychische Beeinträchtigungen, vor allem die Altersdemenz, zu erhöhtem Betreuungs- und Pflegebedarf. Deshalb muss der Pflegepersonalmangel beseitigt werden. Die Attraktivität und die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflegeberufe muss durch bessere Rahmenbedingungen erhöht werden, um Personal- und Fachkräftemangel im Pflegesektor zu verhindern und dabei verstärkt auch Männer für pflegerische Berufe zu gewinnen. Das Land muss verstärkt in die schulische Erstausbildung von Pflegekräften investieren.

Frauen und Männer gleichstellen!

Das Leitmotiv einer gleichberechtigten Arbeitswelt muss die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern sein. Jede/r muss die Chance auf Erwerbstätigkeit und ein eigenes Einkommen haben, von dem er/sie auf eigenen Beinen stehen kann – in jeder Lebensphase, gemeinsam mit einem Partner oder als Single, in der gemeinsamen Verantwortung für Kinder oder als Alleinerziehende. Doch so weit sind wir in unserem Land noch lange nicht. Frauen sind inzwischen bestens qualifiziert, aber wenn sie sich und ihren Partner oder ihre Familie ernähren (müssen), haben sie dafür schlechtere Voraussetzungen als Männer. Das muss verändert werden!

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuung für Kinder und Pflegebedürftige.
- Wir fordern einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung und einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit.
- Frauendominierte Berufe müssen aufgewertet werden. Ziel muss hierbei eine höhere gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung sein.
- Es braucht eine nachhaltige Reform der Minijobs, um die soziale Sicherung ab der ersten Arbeitsstunde zu gewährleisten.
- Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings und ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

- Außerdem ist eine neue Definition des „Normalarbeitsverhältnisses“ notwendig, die die alte (männlich geprägte) Vollzeitnorm ersetzt. Ebenfalls sollte es mehr Möglichkeiten geben, die Arbeitszeit temporär zu reduzieren, z.B. im Falle der Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Weiterbildungen usw. Deshalb plädieren wir für die Familienarbeitszeit.

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

Der Staat muss handlungsfähig bleiben!

Die Instandhaltung und der Ausbau von Infrastruktur, Bildung, Kultur ist eine der ersten Aufgaben des Staates. Auch in Zeiten von selbstauferlegten Schuldenbremsen dürfen diese Aufgaben nicht hintanstehen. Eine zukunftsfeste Finanzierung zentraler Bereiche der Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge sollte Grundlage eines menschenorientierten und wirtschaftsfreundlichen Politikhandels sein.

- Wir fordern ein politisches Eintreten für zukunftssichere Länderfinanzen.
- Wir fordern eine bedarfsgerechte Sach- und vor allem Personalausstattung bei den Angestellten und Beamtinnen und Beamten im gesamten Öffentlichen Dienst. Es darf keinen weiteren Stellenabbau geben. Das Land sollte als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion einnehmen.
- Die innere Sicherheit muss gewährleistet bleiben. Das bedeutet auch, dass Beschäftigte zum Beispiel bei der Polizei, im ÖPNV / SPNV und im gesamten öffentlichen Dienst effizient vor Gewalt geschützt werden.
- Wir fordern eine Stärkung der Einnahmenseite und ein Mehr an Steuergerechtigkeit – etwa durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine echte Reform der Erbschaftssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge muss gestärkt und gleichzeitig Privatisierungsdruck vermieden werden.
- Der soziale Wohnungsbau muss gestärkt werden. Mindestens die Gelder, die dem Land vom Bund für diesen Zweck zugewiesen werden, müssen auch dafür verwandt werden und dürfen nicht in andere Bereiche oder gar die Konsolidierung fließen.

Demokratisches Miteinander fördern!

Der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für eine offene und tolerante Gesellschaft ein. Demokratie, Freiheit, Vielfalt und Solidarität sind die höchsten Güter dieser Gesellschaft.

- Alle Menschen, die Flucht und Vertreibung erfahren haben, müssen unabhängig von Herkunft und Bildung eine echte Willkommenskultur erfahren, wenn sie nach Rheinland-Pfalz kommen. Wir fordern die Politik dazu auf, dass sie sich zu dieser Willkommenskultur bekennt und die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür schafft, dass die Herausforderungen,

Positionen des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz

denen sich Land und Kommunen durch den Zuzug von Flüchtlingen gegenübersehen, gemeistert werden können.

- Wir fordern die Politik dazu auf, Projekte zur politischen Bildung junger Menschen, zur Förderung der Demokratie und gegen Rassismus – wie etwa das Netzwerk für Demokratie und Courage – fortzuführen und weiter zu stärken.
- Um einem in manchen Branchen und Regionen aufziehenden Fachkräftemangel früh entgegenzutreten, ist Zuwanderung dringend nötig. Deshalb sprechen wir uns für ein Einwanderungsgesetz aus.
- Wir setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein, um auch jüngere Menschen am Prozess demokratischer Willensbildung teilhaben zu lassen.
- Wir erwarten die weitere Förderung und den Ausbau der Beratungs- und Qualifizierungsstelle für Wanderarbeiterfragen (Mobilität fair gestalten!).